



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Verhandlungen zur Erneuerung des GAV der privaten Sicherheitsbranche gescheitert.

Der neue GAV Sicherheit muss Lohndumping und Über-50-Stunden-Wochen verhindern!

Die Konferenz der privaten Sicherheitsbranche der Unia hat das Verhandlungsergebnis für die Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrags abgelehnt. Die Arbeitgeber haben alle Massnahmen gegen Lohndumping, gegen wiederholte Überschreitungen der 50-Stunden-Woche und für eine Anerkennung der Ausbildung hartnäckig zurückgewiesen. Dadurch ist eine Erneuerung des bis Mitte 2019 allgemein gültigen Gesamtarbeitsvertrags für die Sicherheitsbranche gefährdet. Die Unia verlangt dringliche Massnahmen und lanciert eine nationale Petition bei den Sicherheitsangestellten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Unia hat während mehr als einem Jahr mit dem Verband Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen (VSSU) Verhandlungen geführt, um den allgemein verbindlichen Gesamtarbeitsvertrag für die private Sicherheitsbranche zu erneuern. Der allgemein verbindliche GAV schützt über 20'000 Arbeitnehmende und läuft Ende Juni 2019 aus. Nach einer dreistündigen Debatte hat die Branchenkonferenz der Unia das Verhandlungsergebnis einstimmig abgelehnt.

Dumping, Über-50Stunden-Wochen, geringgeschätzte Ausbildung

Das Verhandlungsergebnis entspricht nicht den Erwartungen des Sicherheitspersonals. Es enthält keine substantiellen Massnahmen gegen das Lohndumping, das zwischen den verschiedenen Lohnkategorien der Branche überhandnimmt, ebenso wenig gegen die Überschreitung der Wochenarbeitszeit von 50 Stunden. Während die Unternehmen selbst die fehlende Regulierung der Branche auf nationaler Ebene beklagen, stellen sie sich dennoch hartnäckig gegen die Förderung der Ausbildung auf paritätischer Ebene. Die Position der Arbeitgeber zeugt nicht nur von ihrer mangelnden Wertschätzung der Arbeit der Sicherheitsleute, sondern stellt auch eine Gefährdung des Gesundheitsschutzes dar.

Dringliche Neuverhandlungen und nationale Petition

Angesichts dieser Situation ruft die Unia zu dringlichen Neuverhandlungen auf, um einen vertragslosen Zustand ab Mitte 2019 zu verhindern. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, lanciert die Gewerkschaft bei den Sicherheitsangestellten eine nationale Petition. Ein neuer, allgemein verbindlicher GAV muss zwingend eine Verbesserung der Löhne bringen und die Konkurrenzierung zwischen den verschiedenen Lohnkategorien verhindern. Er muss Schutz bieten gegen Arbeitswochen von mehr als 50 Stunden und für eine bessere Anerkennung der Ausbildungen sorgen. Diese Massnahmen sowie verstärkte Kontrollen sind unerlässlich, gerade angesichts des starken Preisdrucks, auch bei der öffentlichen Hand.

Für Rückfragen:

Arnaud Bouverat, Nationaler Branchenverantwortlicher
Mauro Moretto, Mitglied der Sektorleitung Tertiär
Silja Kohler, Mediensprecherin Unia

Unia Schweiz, Medienmitteilung, 27.11.2018.

Unia Schweiz > Sicherheitsbranche. GAV. Unia Schweiz, 2018-11-27